

VIII. Das intellektuelle Koordinatensystem der dritten Globalisierung

Eine entscheidende Frage im Kontext der neuen Globalisierung ist: Entwickelt sich damit auch eine angepasste Rationalität gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Handelns? Ausgehend von den Staatszielen einer Gesellschaft oder ihrem Staatszweck sowie den Interessen der sich daran anlehenden Akteuren in Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft führt dies zu der Frage, welche Ziele die Entscheidungsinstanzen einzelner Länder, regionaler Zusammenschlüsse, oder globaler Institutionen angesichts der neuen Globalisierung verfolgen. Gleichermäßen wichtig ist die Frage, wie diese Zielfindung zukünftig legitimiert ist und wie die Menschen, Interessengruppen, Parteien und Stakeholder der Globalisierung daran beteiligt sind. Es stellt sich die Herausforderung, das Paradigma der durchgreifenden Globalisierung mit den erforderlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Handlungen zu verbinden. Diese Handlungen könnten auf sechs Prinzipien fußen, welche für die Gestaltung der Globalisierung wichtig sind: (1.) Legitimation, (2.) Subsidiarität, (3.) Integration, (4.) Resilienz, (5.) Innovation und (6.) Humanität.

1. LEGITIMATION: NEUE RECHTFERTIGUNG VON ÖFFENTLICHER ORDNUNG UND STAAT

Legitimation bedeutet die Rechtfertigung des Staats für sein hoheitliches Handeln und dessen Ergebnis, das unter Beachtung ihrer Bestandteile Transparenz, Effizienz und demokratische Beteiligung die Anpassungen an die Globalisierung aktiv gestaltet und nicht nur passiv erleidet. Veränderungen sind schwierig. Im Sinne Schumpeters können sie als kreative Zerstörung aufgefasst werden, die unter schmerzlichen Anpassungen unnützes altes vernichten um neues nützliches zu ermöglichen. Die Anpassung daran ist schmerzlich. Dies zeigt sich in besonderer Weise bei den sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Umstellungszumutungen der Globalisierung. Diese gilt es nach dem Selbstverständnis westlich organisierter Staaten sozialverträglich in

einem Entscheidungssystem zu gestalten, dass allgemeine Akzeptanz erfährt, Teilhabe ermöglicht und nachvollziehbare und verständliche Entscheidungen mit guten Ergebnissen produziert. Eigenes politisches Handeln zu legitimieren fällt bei den Entscheidungen am ›grünen Tisch‹ oft leicht; der Weg dorthin über ein schwieriges Change Management in einer Welt des Wandels ist oftmals in der Praxis schwierig und kompliziert.

Legitimation ist konstituierender Teil der Raison d'être des modernen Staates und ein gutes Argument zur Ausübung von smart power in den internationalen Beziehungen

Im Parlamentarismus und der sozialen Marktwirtschaft des westlich geprägten Nationalstaats ließen sich diese Funktionen befriedigend organisieren. Mit der Abschwächung nationaler Organisations- und Entscheidungsstrukturen durch die Globalisierung stellt sich die Frage nach einem guten ›Change Management‹ innerhalb der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung sowie in den internationalen Beziehungen. Dies bezieht sich auf regionale, transnationale und globale Lösungsstrukturen. Die Globalisierung erfordert deshalb eine Arbeitsteilung, die sich sinnvoller Weise an dem Subsidiaritätsprinzip orientiert.

2. SUBSIDIARITÄT: ORGANISATION ARBEITSTEILIGEN HANDELNS

Das Subsidiaritätsprinzip ist eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Maxime, welche die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung anstrebt. Dementsprechend sollen Aufgaben, Handlungen und Problemlösungen so weit wie möglich selbstbestimmt und eigenverantwortlich unternommen werden, also wenn möglich von der untersten Ebene einer Organisation. Nur wenn dies nicht möglich ist, sollen größere Organisationseinheiten oder höhere Organisationsformen die Aufgaben unterstützend übernehmen. Dafür wird ein Zurückdrängen der individuellen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung für den jeweiligen Zweck in Kauf genommen. Zumeist wird der Grundsatz der Subsidiarität im politischen und wirtschaftspolitischen Kontext verwendet, bei dem Aufgaben zunächst selbstbestimmt und eigenverantwortlich vom Individuum ausgeführt werden sollten. Erst subsidiär sollen der private Haushalt und andere private Gemeinschaften bis hin zu den öffentlichen Kollektiven wie Gemeinden, Städten, Landkreisen, Ländern, Staaten und zuletzt Staatengemeinschaften und supranationalen Organisationen eingreifen. Das Subsidiaritätsprinzip ist ein wichtiges Konzept und bewährte Praxis für föderale Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland oder die Schweizer Eidgenossenschaft sowie föderale Staatengemeinschaften wie die Europäische Union. Es ist auch zentrales Ele-

ment des ordnungspolitischen Konzepts der sozialen Marktwirtschaft oder der katholischen Soziallehre.¹

3. INTEGRATION: LEGITIMATION UND SUBSIDIARITÄT ALS GEMEINSCHAFTSPRINZIP

Das Subsidiaritätsprinzip wurde in den Verträgen zur europäischen Integration festgeschrieben. Es ist Bestandteil der Verhaltensregeln, die in der Präambel und in Artikel 5 Absatz drei des Vertrages über die Europäische Union (EUV) von 1992 (Maastrichter Vertrag) festgelegt wurden. Demnach hat die Europäische Kommission drei Verhaltensregeln bei ihrer Tätigkeit zu beachten:

- Stärkung der demokratischen Kontrolle in der EU;
- Transparenz bei der gemeinschaftlichen Gesetzgebung;
- Achtung des Subsidiaritätsprinzips.

Dementsprechend könnte das Subsidiaritätsprinzip auch ein wichtiger Bestandteil im intellektuellen Koordinatensystem der Globalisierung sein, ohne dass allerdings ein so differenziertes und funktionsfähiges politisches System wie das der Europäischen Union im globalen Maßstab heute schon vorhanden ist.

Die plausible politische Antwort auf die Globalisierung ist die der Integration, die dem Subsidiaritätsprinzip folgt. Natürlich gibt es heute keine Welt-Union nach dem Vorbild der EU. Aber unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips ist mehr globale Politik mit den bereits geschaffenen internationalen Institutionen sinnvoll, möglich und wünschenswert. Das Beispiel der europäischen Integration hat dabei im übrigen gezeigt, dass binnen 50 Jahren politische Konflikte und ökonomische Fragmentierungen sehr erfolgreich geändert werden konnten. Dies hat seit den Römischen Verträgen zur Gründung der Gemeinschaft sicher mit Blick auf einen so kurzen Zeitraum nicht jeder gedacht.

Die europäische Integration ist wegweisend für globale Integrationsversuche im 21. Jahrhundert

Die europäische Integration ist eine beispiellose Referenz für eine große friedens- und wirtschaftliche Innovation, die heute (noch)² 28 vormals höchst

1 | Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Subsidiarität>, aufgerufen am 4. Januar 2015.

2 | Zum Zeitpunkt der Schlussredaktion zu diesem Buch war noch nicht wirklich klar, wie sich das BREXIT-Votum Englands auf die Mitgliedszahl der Mitgliedsländer wirklich auswirkt.

unterschiedliche Staaten im Rahmen des *acquis communautaire*³ der Europäischen Union zusammenbindet. Im Rahmen ihrer stetigen Weiterentwicklung von einer Montanunion wurde sie zunehmend eine Wirtschafts-, Währungs- und eine politische Union – mit Blick auf einen europäischen Bundesstaat allerdings immer noch mit unvollendeter Gestalt. Heute ist die Union aus europäischer Perspektive trotzdem die richtige Antwort auf die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Globalität. Der Anfang einer weltpolitischen Integration wurde mit den internationalen Institutionen und internationalen legislativen Regelwerken seit Gründung des Völkerbundes schon seit langem gemacht. Der Einfluss von Weltbank, internationalem Währungsfond, Internationalem Gerichtshof, den verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen ist durchaus groß. Das globale Welthandelssystem und zahlreiche regionale Handelsregime sowie große regionale Institutionen wie die OECD, ASEAN oder die Afrikanische Union ergänzen das Netzwerk der Welt. Aber eine harmonische Gemeinschaft ist das alles in allem nicht. Im Gegenzug zu einer politischen Koordination, wie sie etwa die EU im Rahmen ihres Vertragswerkes entwickelt hat, stellt sich für die Zukunft die Frage, wie ein weltpolitisches Entscheidungssystem – mit anderen Worten eine globale Governance – über Integration eine bessere Legitimation erreichen kann; und im Ergebnis dann gute und mehrheitlich akzeptierte Entscheidungen trifft.

4. RESILIENZ: WIDERSTANDSFÄHIGKEIT IM 21. JAHRHUNDERT

Das Konzept der Resilienz bezieht sich auf die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit eines technischen oder sozio-ökologischen Systems gegenüber Veränderungen, die nicht mehr umkehrbar sind. Ursprünglich bezog sich dieser Begriff auf kybernetische Zusammenhänge und ökologische Fragen. Im Laufe der Zeit bestimmte er Anfang der 2010er Jahre das Denken von Sozialwissenschaftlern, Zukunftsforschern, Ökonomen und Politikern. Hierbei geht es um die Anpassungsfähigkeiten der Welt angesichts des sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Wandels. Dies ist zum Beispiel beim Klimawandel der Fall. Anfang der 2010er Jahre trat er bei der Betrachtung von zukünftigen Ereignissen in der Welt der Experten und Wissenschaftler dann immer häufiger auf. Bemerkenswert war, dass er bei vielen ›Merkern‹ und Meinungsmachern der Politik Anfang der 2010er Jahre zu einem Mainstream des Denkens wurde. Expertensysteme, sensible Politiker und wirtschaftliche Führungspersonlichkeiten reagieren damit auf eine gewisse Ernüchterung, die mit Blick auf das Ziel der Nachhaltigkeit eingetreten war, was durch wissenschaftliche Studien be-

3 | Der *acquis communautaire* bezeichnet den gemeinschaftlichen Rechtsraum oder gemeinschaftlichen Besitzstand des Rechts der Europäischen Union, der alle Rechtsakte der EU umfasst, die für alle Mitgliedstaaten der EU verbindlich sind.

legt worden ist (Osztovcics/Kovar/Mayrbäurl 2012). Die Journalistin Ulrike Weiser von der österreichischen Zeitung die Presse hat dies einmal als die »neue Nachhaltigkeit« formuliert (Weiser 2012). Es geht dabei also um die Frage, ob wir zukünftig darauf vorbereitet sind, Krisen und Schocks zu überstehen oder nicht und wenn ja, mit welchem Ergebnis. Insofern ist das Prinzip der Resilienz eine Ernüchterung mit Blick auf das hehre Ziel der globalen Nachhaltigkeit, das, vormalig als Weltprinzip formuliert, eine vielleicht zu anspruchsvolle und laute globale Intonation hatte.

Resilienz ist die kleine Schwester der Nachhaltigkeit

Damit komplettiert das Konzept der Resilienz das Konzept der Nachhaltigkeit und ersetzt es nicht. Realiter schaltet die Welt damit einen Gang zurück in der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen wie Klimawandel, Demographie, Energie und Ressourcen. Der Anspruch in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren war es, mit klugen und global abgestimmten Prozessen die absehbaren Weltprobleme so in den Griff zu bekommen, dass man sich mit den Folgen von katastrophalen Entwicklungen erst gar nicht beschäftigen muss. Dieses Zurückrudern gesteht ein, dass man bei vielen Problemen zunächst nur noch auf Sicht fahren kann. Es geht dabei also zum Beispiel zunächst nicht darum, wie man den Klimawandel aufhalten, sondern wie man mit einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von zwei bis vier Grad auf der Welt leben kann und wie man den Konsequenzen begegnet. Es geht darum, wie man angesichts des demographischen Wandels eine Gesellschaft organisiert, in der mehr als die Hälfte der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird und die sich Gedanken um eine Demographiestrategie machen muss, die innerhalb und zwischen den Generationen greift. Und es geht darum, wie eine Weltgesellschaft entstehen kann, die auf all dies so reagieren kann, dass wenigstens eine Resilienzstrategie entsteht, die das Unvermeidliche wirksam packt und trotzdem ein weiteres Nachdenken über nachhaltige Lösungen nicht nur resignierend ersetzt. Insofern repräsentiert der Griff auf das Prinzip der Resilienz das strategische Denken von heute und morgen, das sich nicht auf ein paralysiertes Abwarten zurückziehen darf, sondern auf ein Management von sozio-ökonomischen und politischen Risiken zu konzentrieren hat. Resilienz führt insofern zu einem Chancen-Management, das sich an Realitäten orientiert und sich nicht auf Wunschdenken kapriziert.

5. INNOVATION: PRIORITÄT INTELLIGENTER PROBLEMLÖSUNGEN

Die logische Konsequenz der Konzentration auf das Prinzip der Resilienz ist die Konzentration auf (1.) gutes Krisenmanagement und (2.) gute lokale, regionale, nationale und globale sozio-ökonomische und politische Innovationen.

Wesen und Wert der Innovation müssen von der Politik genauso intensiv verstanden und verfolgt werden wie von der Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Innovationen sind das Neue. Sie veranschaulichen die Kraft des menschlichen Intellekts, im Rahmen wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und Prozesse etwas Neues zu schaffen. Sie bedeuten, bekannte Pfade zu verlassen, neue Ideen zu entwickeln und durchaus auch, etwas Anderes anders zu machen. Sie entstehen durch Wissen, Denken und Handeln. Innovationen sind mehr als nur Erfindungen, oder technologische Verbesserungen. Sie repräsentieren eine Wertschöpfungskette, mithin das Wollen, von einer Idee über eine Erfindung und einen Test ihrer Relevanz bis hin zur konkreten materiellen oder immateriellen Nutzung, erfolgreich etwas Neues zu schaffen. Eine moderne Gesellschaft muss dafür sorgen, dass die Strukturen des Lernens und Forschens, des Wirtschaftens und Arbeitens sowie der politischen Entscheidungen mit dem dazu gehörigen und sich ständig neu bildenden Wissen Schritt halten. In der Ökonomie bringen Innovationen neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt. Sie erhöhen die Produktivität und schaffen neue oder andere Arbeitsplätze. Sie sind im Rahmen ihrer Erzeugung für die nachhaltige Performance eines Wirtschaftsraumes quantitativ wie qualitativ von fundamentaler Bedeutung (Weidenfeld/Turek 1996: 33-40).

Länder, Regionen oder Kontinente entscheiden mittels ihres Bildungs- und Wissenschaftssystems, im Rahmen der Innovationskraft ihrer Unternehmen und durch ihre Wirtschafts- und Finanzpolitikpolitik über den Grad ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Prosperität. Es geht jenseits der engeren technischen oder ökonomischen Beziehungen um das Zusammenwirken verschiedener Elemente eines Systems, um Innovationen möglich zu machen. Ein Innovationssystem erfordert (1.) Innovationsfähigkeiten, (2.) eine Innovationskultur und (3.) eine entsprechende Innovationspolitik. Erfolgreiche Innovationsentwicklung setzt ein enges Zusammenspiel von staatlicher Technologie- und Wissenschaftspolitik mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen voraus. Als Voraussetzung für funktionierende Innovationsprozesse dient die Innovationskultur. Innovationskultur ist Grundlage der Innovationsfähigkeit und lenkt die Formen der Innovationspolitik in einer als geeignet angesehenen ganzheitlichen Innovationsarchitektur. Der Begriff der Innovationskultur erweist sich als prägend für die Fortentwicklung der wissenschaftlich-technologischen Leistungsfähigkeit eines Landes. Sie beschreibt und umfasst den »institutionellen Rahmen, der die Wahrnehmung der am Innovationsprozess beteiligten Akteure hinsichtlich wirtschaftlicher und technischer Herausforderungen prägt, sowie Strategien zu ihrer Bewältigung bereitstellt. Innovationskultur ist immer an das Handeln konkreter Akteure gebunden und damit zeitlich und räumlich wandelbar« (Wieland 2004: 10).

Bemerkenswerte politische Innovationen waren die Stein-Hardenberg'schen Reformen in Preußen. Es waren eine Reihe von Verwaltungsreformen des frühen 19. Jahrhunderts, die von gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen begleitet wurden und eine Reaktion auf die Niederlage Preußens gegen Napoleon in der Schlacht bei Jena und Auerstedt im Jahr 1806 sowie auf die Modernisierungserfordernisse im Rahmen der Aufklärung. Sie führten zu einschneidenden Veränderungen in der staatlichen Ordnung und Verwaltung, in der Agrarverfassung und in der Gewerbeordnung und modernisierten Preußen. Eine andere Innovation war die Einführung der deutschen Rentenversicherung durch den deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck als Reaktion auf die im Zuge der Industrialisierung entstandene Not der Arbeitnehmerschaft im ausgehenden 19. Jahrhundert. Drittens lässt sich der »New Deal« in den Vereinigten Staaten nennen. New Deal ist eine amerikanische Redewendung und bedeutete so viel wie »Neuverteilung der Karten«. Der suggestive Slogan meinte eine komplette »Umkrempelung« der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Er manifestierte sich in einer Reihe von Wirtschafts- und Sozialreformen, die in den Jahren 1933 bis 1938 unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise durchgesetzt wurden. Er stellte einen großen Umbruch in der Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte der USA dar. Er sollte zunächst Not lindern, dann die Wirtschaft wieder beleben und langfristig ein funktionierendes Sozialsystem in den Staaten etablieren. Der New Deal funktionierte. Damit wurde in den USA die Marktwirtschaft vor dem Kollaps bewahrt, indem vor allem durch Regulierung des Bankensystems und des Wertpapierhandels eine stabilere Wirtschafts- und Sozialordnung geschaffen wurde. Große politische Innovationen machten Geschichte. In neuester Zeit gilt die Agenda 2010 in Deutschland als herausragende politische Innovation. Auf europäischer Ebene lassen sich die Modernisierung des europäischen Binnenmarktes und die Einführung der Währungsunion nennen. Ein wirkliches Beispiel auf Augenhöhe mit Blick auf die internationale Ebene steht bisher aus.

Die deutsche Agenda 2010 machte die deutsche Gesellschaft überlebensfähig in der Welt der Globalisierung

In Deutschland wirkte die Agenda 2010 der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder systemisch sehr intensiv, die als Reform des deutschen Sozialsystems und Arbeitsmarktes zwischen 2003 und 2005 von der damaligen Bundesregierung umgesetzt wurde. Sie reagierte dabei auf den gewachsenen Leidensdruck der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft mit Blick auf die Zukunft des gesamten Sozialsystems im demographischen und sozio-ökonomischen Wandel, der in der öffentlichen Diskussion als zunehmend unerträglich empfunden und von Politikern, Intellektuellen und Journalisten

in Deutschland in zunehmender Weise eindringlich beklagt wurde (Miegel 2002; Steingart 2004). Der Ökonom und frühere Chef des ifo-Instituts der Ludwig-Maximilians-Universität in München, Hans-Werner Sinn, beklagte die Reformunwilligkeit des Landes und fragte ostentativ: Ist Deutschland noch zu retten? (Sinn 2003). Vorher hatte der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog schon gefordert, es müsse nun ein reformatorischer »Ruck« durch das Land gehen. Die Agenda war ein hoch innovatives Projekt der Politik. Sie zielte auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland sowie den Umbau des Sozialstaates, der insbesondere mit den sogenannten Hartz-Maßnahmen umgesetzt wurde. Die Agenda 2010 griff insgesamt in alle wirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft im Rahmen eines angebotspolitischen Ansatzes ein. Sie enthielt Änderungen in der Handwerksordnung, eine Erhöhung der Bildungsausgaben, eine Totalreform des Arbeitslosengeldes und des Bezugs von Sozialleistungen, Einschnitte innerhalb des Leistungskatalogs in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie eine Ergänzung der deutschen Rentenformel um einen Nachhaltigkeitsfaktor.⁴ Die Agenda rief bei Wirtschaftswissenschaftlern Kritik hervor, die sie lediglich als ideologischen Wirtschaftssystemwechsel kritisierten und andere Faktoren wie monetäre Spätfolgen der Wiedervereinigung oder die Verantwortung der Tarifpartner im Aushandeln von Löhnen innerhalb ihrer Tarifautonomie für Erfolge der Reformpolitik hervorhoben. Unter dem Strich richtig ist, dass seitdem die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der allgemeine Wohlstand angestiegen sind, wenngleich die Gewinne der Agenda 2010 nicht unbedingt gleichwertig verteilt worden sind.

Der europäische Binnenmarkt und die Vorbereitung der europäischen Währungsunion waren Schlüsselinnovationen der europäischen Integration nach dem Abschluss der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957

Auf der internationalen Ebene muss man die Errichtung des europäischen Binnenmarktes und der europäischen Währungsunion unter der politischen Führung des damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jaques Delors, hervorheben. In einer Zeit, als das Gespenst der »Eurosklrose« durch Europa irrte, initiierte er einen politischen Innovationsprozess, der die europäi-

4 | Der Nachhaltigkeitsfaktor ist Teil der Rentenanpassungsformel und beeinflusst die jährliche Rentenanpassung entsprechend der Veränderung des Verhältnisses der Beitragszahler zu den Rentenbeziehern. Dabei werden sowohl demographische als auch konjunkturelle Änderungen berücksichtigt. Er wurde in das deutsche Sozialgesetzbuch integriert und soll den Anstieg des Beitragssatzes bis zum Jahr 2030 auf maximal 22 Prozent beschränken.

sche Integration nach Jahren der Stagnation mit Überschallgeschwindigkeit voranbrachte. In seine Präsidentschaft fallen die Reformen der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1986, der Vertrag von Maastricht 1992 und die institutionelle Reform der europäischen Kommission und ihrer Gemeinschaftspolitik (Delors Paket) 1988. Parallel zur EEA-Vertragsreform verfolgte die Europäische Kommission damals das Ziel der Verwirklichung des Binnenmarktes mittels eines umfassenden europäischen Rechtssetzungsprozesses. Bis Ende 1992 war der größte Teil der damit verbundenen Maßnahmen verabschiedet und umgesetzt. Diese gewaltige Binnenmarktanstrengung entfachte eine neue Dynamik innerhalb der EU. Diese Maßnahmen gelten zu Recht als Meilensteine der europäischen Integration, da sie Verkrustungen im politischen System und der Gemeinschaftspolitik aufbrachen und neue Horizonte auf dem Weg zu einer Wirtschafts- und Währungsunion erschlossen. Diese brachten der Union in den 1990er und 2000er Jahren enorme wirtschaftliche Vorteile in den Bereichen Wachstum, Beschäftigung und Innovation und machten Europa fit für den internationalen Wettbewerb. Alleine der Zuwachs des jährlichen realen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner in Folge der zunehmenden Binnenmarktintegration war eindrucksvoll. Besonders stark profitierte dabei Deutschland. Dort stieg von 1992 bis 2012 das reale Bruttoinlandsprodukt jährlich um durchschnittlich 37 Milliarden Euro. Das entsprach einem jährlichen Einkommensgewinn von 450 Euro pro Einwohner. Aber auch andere Länder wie Österreich, Finnland, Dänemark, Belgien oder Schweden konnten starke Einkommensgewinne verbuchen und auch südländische Länder wie Spanien, Griechenland und Portugal profitierten vom europäischen Binnenmarkt.⁵

6. HUMANITÄT: MENSCHLICHKEIT ALS DAS MASS ALLER DINGE

Der Begriff und das Verständnis der Humanität darf bei diesen Überlegungen zur Gestaltung der Globalisierung nicht unterbelichtet werden. Zum Anfang des 21. Jahrhunderts haben wir erlebt, dass die menschliche Gesellschaft und ihre politische Ordnung nicht humaner geworden ist. Die Welt war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst erleichtert, dass solche unfassbaren Ereignisse wie der Holocaust Geschichte wurden. Die Barbarei war aber nicht vorbei. Der Völkermord auf dem Balkan in den 1990er Jahren und die unfassbaren Gräueltaten des IS in den 2010er Jahren haben gezeigt, dass sich die menschliche Natur nicht überall der Modernität und den ethischen, religiösen oder rechtsstaatlichen Normen einer humanen Weltgesellschaft anpassen will. So bleibt gültig, was die Denker der Moderne stets eingefordert haben: Das Recht, die Freiheit und die Würde des Einzelnen und die Demokratie des Volkes. Nach dem Münchner Philosophen Julian Nida-Rümelin ist ein

5 | Vgl. www.bertelsmann-stiftung.de/binnenmarkt, aufgerufen am 23. September 2015.

vitaler Humanismus dabei in besonderer Weise auch die philosophisch und politisch richtige Antwort auf die neuen Fanatismen und Fundamentalismen der Gegenwart (Nida-Rümelin 2016). Der normative Kern des Humanismus könne sich auf einen internationalen, alle Kulturregionen und Staaten einbeziehenden Konsens berufen: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 und die beiden Menschenrechtsverträge aus den 1960er Jahren. Deshalb sei eine Rückbesinnung und eine Revitalisierung des Humanismus in Theorie und Praxis ein wichtiges Anliegen der zeitgenössischen Weltpolitik. Ohne eine kosmopolitische Praxis, ohne den schrittweisen Aufbau globaler institutioneller Verantwortung, lasse sich diese Agenda nicht realisieren. Insofern ist die Verankerung eines vitalen Humanismus eine wichtige Antwort auf die Herausforderungen der dritten Globalisierung und verkörpert die ethische Komponente in ihrem intellektuellen Koordinatensystem.

Was in Zukunft zählt: Unaufgeregte Offenheit für Neues und globale Zusammenarbeit, die Bereitschaft, auf Souveränität zu verzichten, unabänderliche Realitäten zu akzeptieren und sich in diesem Rahmen auf sinnvolle Innovationen anstatt auf sinnloses Beharren auf das Alte zu konzentrieren

Diese Vorbilder dienen als gute Beispiele von herausragenden Innovationen im politischen Bereich. Sie orientierten sich im Rahmen der Gesetzgebung und Rechtsetzung an den Prinzipien der Legitimation, der Subsidiarität, der Integration und der Nachhaltigkeit. Da heute das Prinzip der Nachhaltigkeit nur zusammen mit dem Prinzip der Resilienz zu denken ist, ist diese Verbindung für politisches Denken und Handeln im 21. Jahrhundert bemerkenswert. Hinzu kommt das Prinzip der Humanität. Die Verknüpfung dieser sechs Prinzipien erscheint mir als Ultima Ratio politischen Handelns in der neuen Globalisierung wichtig und attraktiv. Sie ersetzt nationalstaatliche Egoismen und globale Ignoranz durch Weltoffenheit und Weitblick in einem neuen intellektuellen Koordinatensystem, das sich dem Neuem auch aus guten Gründen des Eigeninteresses öffnet. Mit Blick auf die Legitimationserfordernisse guter Politik ist die Offenheit für Subsidiarität und integrierte Entscheidungsstrukturen zukünftig wichtig. Resilientes Handeln ist realitätsnah und die Konzentration auf Innovationen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Gegensatz zu dem ausschließlichen Festhalten an überkommenen Traditionen oder Denkweisen zeitgemäß.

Das Wesen der neuen Globalisierung fordert die Politik vor diesem Hintergrund also fundamental heraus. In vielem geht es nicht mehr nur um eine ›gewisse‹ Neujustierung von Stellschrauben im sozio-ökonomischen und politischen System; auf der Agenda stehen (1.) Neuorientierung, (2.) systemische Entscheidungen und (3.) wichtige Einzelfallentscheidungen. Auf der horizon-

talen Ebene eines Landes betrifft dies die Organisation nationaler Entscheidungen und das Regelsystem zwischen den Akteuren des politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Systems. Auf der vertikalen Ebene fordert dies eine legitimierte internationale Ordnungspolitik heraus. Aus eurozentrischer Sicht bezieht sich dies auf die Organisation der supranationalen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und schließlich – auch von diesem Standpunkt aus gesehen – auf das internationale Regelsystem einer globalen Governance.

Ich wende mich nun den Konsequenzen für die nationale Politik Deutschlands, für das Regieren im europäischen Mehrebenensystem der Europäischen Union und dem internationalen Regime der Global Governance zu, indem ich mich auf die strategischen Schlussfolgerungen für aus meiner Sicht entscheidende Politikfelder eingeehe.

Dafür dienen mir Reflektionen mit Bezug auf:

- die paradigmatischen Weichenstellungen der deutschen Politik;
- die Schwerpunkte der europäischen Integration;
- eine legitimierte Politik in einem globalen Regime.

Es geht darum, zu klären, wie besonders die Bundesrepublik und die Europäische Union die Performanz von Demokratie, freier Marktwirtschaft und Sozialstaat bewahren. Im ersten Teil dieses Buchs konnten wir sehen, welche grundlegenden Veränderungen stattgefunden haben bzw. stattfinden und wir konnten auch sehen, welche Politikfelder strategisch für die Zukunft besonders wichtig sind. Auf nationaler Ebene ragen hierbei Fragen der wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit, der demographische Entwicklung und der Integration von fremden Menschen als besondere Herausforderungen heraus. Und diese nationalen Herausforderungen hat nicht nur die Bundesrepublik Deutschland zu bewältigen. Dies betrifft nahezu alle europäischen Staaten und viele Länder in der Welt.

Die prioritären Gemengelagen nationaler Politik sind häufig mit europäischen oder internationalen Bezügen versehen. Dies betrifft die Währungs- und Geldpolitik, die innere Sicherheit oder die Ausrichtung der Außen- und Verteidigungspolitik Deutschlands. Deshalb sind die Rahmenbedingungen der europäischen Integration und die Frage der Konstitution der EU wichtig. Aus diesem Grunde diskutiere ich das Thema einer stärkeren bundesstaatlichen Ordnung Europas. Im Rahmen der Politikfelder erscheinen mir hier Fragen der europäischen Sicherheit, der Energieversorgung und Energiesicherheit sowie der Wettbewerbsfähigkeit im Dreieck von Forschung, Invention und Innovation als Schlüsselthemen wichtig. Und schließlich interessieren mich die Statik und Architektur einer zukünftigen globalen Ordnungspolitik. Innerhalb der multipolaren Welt ist die Regelung von internationalen Proble-

men schwierig und anders gelagert als im System der Ost-West-Konfrontation. Deshalb werfe ich einen Blick auf die politische Geographie und verschiedene Geostrategien des 21. Jahrhunderts und frage mich, welche Potenziale die Globalisierung für die Idee und das Konzept einer ›Global Governance‹ wirklich mobilisiert.